

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Mag.^a Barbara Prammer
Parlament
1017 Wien

Mag.^a JOHANNA MIKL-LEITNER
HERRENGASSE 7
1014 WIEN
POSTFACH 100
TEL +43-1 53126-2352
FAX +43-1 53126-2191
ministerbüro@bmi.gv.at

GZ: BMI-LR2220/0423-II/1/b/2014

Wien, am 25. Juni 2014

Der Abgeordnete zum Nationalrat Vilimsky hat am 28. April 2014 unter der Zahl 1360/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Sicherheitspartnerschaft Wien 2011“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1, 2 und 4:

Karlsplatz:

Die „Aktion Karlsplatz“ wurde unter Zusammenwirken einer regelmäßig zusammentretenden Arbeitsgruppe (bestehend aus Polizei, VWS [Verein Wiener Sozialprojekte], MA 48 [Magistratsabteilung für Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Fuhrpark], MA 42 [Die Wiener Stadtgärten], FSW [Fonds Soziales Wien], Caritas, Wiener Linien, Help U [Suchthilfe Wien und Wiener Linien, Für soziale Verträglichkeit und Sicherheit am Karlsplatz], SAM [Sozial Sicher Aktiv Mobil – Bedarfsorientierte Mobile Soziale Arbeit im öffentlichen Raum], Streetwork [Suchthilfe Wien] und MDKS [Magistratsdirektion Krisenabteilung]) durchgeführt. Seit Beginn 2010 wurden wöchentliche bis 14-tägig stattfindende Sitzungen wahrgenommen, um die gemeinsam entwickelten Maßnahmen

- suchtkranke Personen zu erreichen und zu unterstützen,
- den öffentlichen Raum zu entlasten,
- das subjektive Sicherheitsgefühl und die objektive Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen,
- die notwendigen Kooperationen und abgestimmte Öffentlichkeitsarbeit sicherzustellen und

- rigoros gegen Suchtmittelhandel vorzugehen, umzusetzen beziehungsweise deren Wirksamkeit zu überprüfen.

Durch das gemeinsame Zusammenwirken und den kontinuierlichen und jeweils lageangepassten Polizeieinsatz konnte die Anzahl der am gesamten Areal des Karlsplatzes aufhältigen Suchtkranken deutlich und nachhaltig reduziert werden.

Öffentliche Verkehrsmittel:

Die Sicherheit in öffentlichen Verkehrsmitteln und öffentlichen Plätzen wurde durch die seit dem 1. November 2012 eingerichtete Bereitschaftseinheit wesentlich verbessert und das subjektive Sicherheitsgefühl auch in Verbindung mit der medialen Berichterstattung deutlich fühlbar erhöht. Ganz besonders wichtig ist die Präsenz von Polizistinnen und Polizisten im Bereich der Nacht-U-Bahn. So wurden in der Zeit vom 1. September 2011 bis zum 31. Dezember 2013 insgesamt 70.705 Identitätsfeststellungen durchgeführt, 9.595 Anzeigen erstattet und 2.203 Festnahmen durchgeführt.

Suchtgiftdelinquenz:

Im Bereich der Bekämpfung der Suchtgiftdelinquenz besteht seit 2002 eine enge Zusammenarbeit zwischen der Exekutive und der Sucht- und Drogenkoordination Wien (SDW), welche über die Jahre intensiviert wurde und letztlich zur Implementierung der Steuerungsgruppe „Soziale Problemzonen im Öffentlichen Raum“ (2008) geführt hat.

Neben der Aktion Karlsplatz wurden und werden auch für andere soziale Problemzonen (Jedmayer, Bereiche Handelskai, Dresdnerstraße, Jägerstraße, „Josi“, Praterstern, Bahnhof Wien Mitte) regelmäßige Besprechungen mit Vertretern der VWS, MA 48, MA 42, FSW, Caritas, Wiener Linien, Help U, SAM, Streetwork und MDKS durchgeführt.

Diese Zusammenarbeit (Maßnahmenplanung und Zielsetzung durch die Steuerungsgruppe) wird mittlerweile zu allen Themen (wie zum Beispiel Bettelei, Schlafen im öffentlichen Raum, Alkoholszenen, Punkerszenen und viele mehr) in unterschiedlicher fachlicher Zusammensetzung der Expertenrunde im Bereich sozialer Problemzonen angewendet.

Verkehrssicherheit:

Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit wird die Prävention in Schulen aber auch in Senioreneinrichtungen fortgesetzt und intensiviert. Hierbei werden Kinder bei Lehrausgängen mit den Gefahren im Straßenverkehr konfrontiert und zum richtigen Verhalten angeleitet.

Ebenso wurden in den Jahren 2011 bis Ende 2013 insgesamt 29.243 Kinder zur Radfahrprüfung vorbereitet.

Im selben Zeitraum fanden in 358 Klassen von Allgemeinbildenden Höheren Schulen, Berufsschulen und Höheren Technischen Lehranstalten Verkehrssicherheitsberatungen statt. Dabei konnten 5.380 Schülerinnen und Schüler erreicht werden. Bei Vorträgen zum Thema Verkehrssicherheit und richtiges Verhalten im Straßenverkehr wurden in 306 Senioreneinrichtungen insgesamt 9.208 Personen informiert.

Zur Sicherung der rund 150 Schulwegsicherungspunkte wurden Exekutivbedienstete, Exekutivassistentinnen und Exekutivassistenten (ehemalige Post- und Telekombedienstete), Privatpersonen iSd §§ 29a und 97a StVO (während des gesamten Schuljahres) sowie Zivildienstler (jeweils für den Zeitraum September bis Mai eines laufenden Schuljahres) eingesetzt.

Kriminalprävention:

Die Wiener Polizei hat im Jahr 2011 bis 2013 insgesamt 251 Einsätze mit Präventionscontainer und Beratungsbus durchgeführt. Ebenso wurde im Bereich des Präventivsektors auch mit anderen Einrichtungen intensive Zusammenarbeit sichergestellt. Mit der Wirtschaftskammer Wien wurden zum Beispiel spezielle Veranstaltungen zur Prävention von Cyberkriminalität aber auch zur Mitarbeiterschulung und Vorbeugung gegen Juwelier- und Trafiküberfälle durchgeführt. Weiters wurde mit der Firma ARWAG ein eigenes Sicherheits-Bauträger-Modell konzeptioniert und umgesetzt, welches bereits bei der Errichtung von Wohnhausanlagen (konkretes Beispiel „Stadt des Kindes“) empfohlene Sicherheitsmaßnahmen vorsieht. In Kooperation mit dem Kuratorium Wiener Pensionistenwohnhäuser werden durch die Seniorenpräventionsbediensteten seit Jahren zahlreiche Vorträge mit Sicherheitstipps für Senioren gehalten.

Graffiti:

In den Jahren 2011 bis 2013 wurden in Wien 6.110 Anzeigen wegen Graffiti erstattet, davon konnten 556 Fälle geklärt werden.

Es konnten in diesem Zeitraum insgesamt 164 Täter, davon neun Unmündige, 52 Jugendliche, 31 junge Erwachsene und 72 Erwachsene als Täter ausgeforscht werden.

In Zusammenarbeit mit den Wiener Linien wurden in dem Zeitraum zehn Schwerpunktaktionen durchgeführt und in diesem Zusammenhang 13 Tatverdächtige festgenommen.

Prostitution:

Die Anzahl der gemeldeten Prostituierten stieg von 2011 auf 2013 um 991 Personen, das sind 40,2 %.

Anzahl der gemeldeten Prostituierten	
01.01.2011	2.466
01.01.2012	2.900
01.01.2013	2.980
01.01.2014	3.457

In den ursprünglichen Brennpunkten im Bereich Felberstraße/Hütteldorferstraße/Mariahilfer Straße und im Stuwerviertel konnte die illegale Straßenprostitution durch regelmäßige Kontrolle abgestellt werden.

Glücksspiel:

Derzeit sind im Landeskriminalamt hinsichtlich circa 40 beschlagnahmter Glücksspielautomaten Verwaltungs- und Verwaltungsstrafverfahren anhängig. Von 2011 bis 2013 wurden im Rahmen der Aktionen „Jugend OK“ im Zusammenhang mit dem Glücksspiel und dem Jugendschutz von der Landespolizeidirektion Wien 297 Maßnahmen (Anzeigen, Sicherstellungen, Vorträge Normverdeutlichungsgespräche mit Jugendlichen, etc.) gesetzt.

Mit der Sicherheitsbehördenreform im September 2012 kam es bei der Landespolizeidirektion Wien im Landeskriminalamt zu einer organisatorischen Zusammenführung der verwaltungsrechtlichen Glücksspielagenden und der kriminalpolizeilichen Ermittlungen in Glücksspielangelegenheiten. Zur zentralen Erledigung der kriminalpolizeilichen Erhebungen bei Verdachtslagen gem. § 168 StGB (Glücksspiel), aber auch bei Verdachtslagen gemäß § 271 StGB (Verstrickungsbruch) nach Verbringung beschlagnahmter Glücksspielgeräte und für Erhebungen im Rahmen der Verwaltungs(straf)verfahren nach dem Glücksspielgesetz wurde im Landeskriminalamt eine eigene „Kriminalbeamtengruppe“ installiert. Außerdem wurden im Landeskriminalamt zwei Landeskoordinatoren für Glücksspiel benannt und zur dezentralen Unterstützung in Glücksspielangelegenheiten in Außenstellen des Landeskriminalamtes und in Stadtpolizeikommanden auch sogenannte Bezirkskoordinatoren eingerichtet.

Das Landeskriminalamt steht im regelmäßigen Kontakt mit dem Bundeskriminalamt, dem die bundesweite Koordination in Glücksspielangelegenheiten obliegt. Dieser Kontakt wird anlassbedingt von Fall zu Fall wie zum Beispiel bei Änderungen der Rechtslage infolge Judikatur oder nach Gesetzesänderungen aber auch im Zusammenhang mit konkreten Ermittlungen – wie etwa zuletzt bei Ermittlungen gegen Betreiber von Pokercasinos wegen des Verdachts gemäß § 168 StGB – intensiviert.

Abhängig von Art und Umfang geplanter „Glücksspieleinsätze“ (insbesondere wenn davon auszugehen ist, dass an der kontrollierten Örtlichkeit auch gegen § 168 StGB verstoßen wird), nimmt das Landeskriminalamt an behördenübergreifenden Aktionen teil und ist in vorangehende koordinierende Absprachen mit den anderen beteiligten Behörden und

Ermittlungseinheiten (vor allem Finanzpolizei, allenfalls auch Bundeskriminalamt oder Magistrat) eingebunden. Außerdem werden Organe des Magistrates oder der Finanz über Ersuchen – nach Koordination durch das Landeskriminalamt – durch die Stadtpolizeikommanden bei ihren Glücksspielkontrollen unterstützt.

In Bezugnahme auf Wettbüroüberfälle finden, neben zahlreichen Besprechungen mit den Sicherheitsverantwortlichen der größeren Wettlokalnetze und diversen Schulungen von Mitarbeitern über richtiges Verhalten bei Raubüberfällen, auch regelmäßige Schwerpunktaktionen in Wettbüros und Automatenlokalen durch uniformierte als auch durch zivile Kräfte statt.

Im Zeitraum von 2011 bis 2013 wurden in Wien pro Jahr ca. 340 derartige Schwerpunktaktionen durchgeführt.

Kooperation in den Bereichen Schulen und Jugendwohlfahrt:

In der Zusammenarbeit zwischen Stadt Wien und Wiener Polizei wurden zahlreiche Aktivitäten gesetzt.

Seit der 2. Jahreshälfte 2010 werden von den Kommandanten der Polizeiinspektionen halbjährlich die Direktionen von Wiener Pflichtschulen kontaktiert. Im Zuge dieser Gespräche ergeht das Ersuchen an die Schuldirektorinnen und Schuldirektoren, Fragen zu nachstehend angeführten Themenbereichen, die wiederum in einem Erhebungsbogen zu erfassen sind, zu beantworten.

Themenbereiche:

- Gewalt und Waffen,
- Gewalt am Handy,
- Vandalismus,
- Radikales Gedankengut/Rivalisierende Gruppen,
- Alkohol und Drogen sowie
- Tötlichkeiten/Drohungen gegen Lehrpersonal oder Schüler.

Eine Auswertung und Analyse der Erhebungsbögen erfolgt durch den Assistenzbereich Kriminalprävention, wobei nach bestimmten Ergebnissen untersucht wird:

- Gleichbleibende positive Tendenz,
- Verbesserung der Situation,
- Leichte Verschlechterung der Tendenz und
- Verschlechterung der Tendenz.

Aufgrund der in Erfahrung gebrachten Ergebnisse werden präventive Schwerpunkte entwickelt und umgesetzt.

Präventionsprogramme wurden in Schulen zu den Bereichen Sucht und Gewalt, Jugendgewalt (Strafmündigkeit, Jugendschutz, Zivilcourage, Pyrotechnik und Cyber-Crime), sicherheitsorientiertes Verhalten für Jugendliche in Form von Vorträgen und Projektarbeiten umgesetzt.

Im Rahmen der Suchtprävention konnten an Schulen bei 206 Terminen insgesamt 9.396 Personen erreicht werden.

Projekt KSÖ-SSR-LPK (Kuratorium Sicheres Österreich, Stadtschulrat, Landespolizeikommando):

Am 7. Dezember 2011 konnte in einer im Wiener Stadtschulrat stattgefundenen Besprechung die KSÖ-Landesklub Wien-Initiative „Gefahren für Jugendliche im Internet“ vorgestellt und deren Umsetzung beginnend mit Februar 2012 beschlossen werden. Das bereits in mehreren Bundesländern erprobte Schulungsprojekt „Click & Check“ hat Entscheidungsträgern mit dem Ziel nähergebracht, Vorträge für Schulklassen der Zielgruppe 6. und 7. Schulstufe in Anspruch zu nehmen. Schwerpunktthemen sind:

- Mobbing, Cybermobbing,
- Gewaltfilme, Gewaltspiele im Internet,
- Social Network, Chatrooms, Recht auf das eigene Bild sowie
- Cyber Grooming – Erwachsene geben sich zum Beispiel in Facebook als Jugendliche aus (sexuelle Anbahnung via Internet).

Von 2011 bis 2013 wurden im Zusammenhang mit dem Projekt „Click & Check“ insgesamt 438 Maßnahmen (Vorträge in Klassen, Elternabende, Lehrerinformationen) gesetzt und es konnten dabei insgesamt 12.856 Personen (Schüler, Eltern und Lehrer) erreicht werden.

Im selben Zeitraum wurden im Rahmen der Gewaltprävention insgesamt 3.026 Maßnahmen (Schulprojekte, Vorträge, Veranstaltungen) gesetzt; dabei konnten insgesamt 88.834 Personen (Schüler, Eltern und Lehrer) erreicht werden.

Schulung von Bediensteten der Melde- und Passreferate des Magistrats der Stadt Wien:

Bisher wurden folgende Maßnahmen gesetzt:

- Dokumentenprüfung-Basiserschulung im Erkennen von ge- und verfälschten Identitätsdokumenten.
- Dokumentenprüfung-Fortgeschrittenenschulung im Erkennen von ge- und verfälschten Identitätsdokumenten.

Verpflichtender Hundeführschein:

- Es gibt keine Probleme mit Hundeführscheinen.

- Die Kontrollen und Schwerpunkte werden vom Büro Zentrale Koordination koordiniert durchgeführt.
- Die Zusammenarbeit mit der MA 60 [Die Abteilung Veterinärdienste und Tierschutz] wurde seit 2010 ständig intensiviert und kann als sehr gut bezeichnet werden. Die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen (Büro der Stadträtin Ulli SIMA, TOW [Tierschutzombudsstelle] und MA 58 [Die Wasserrechtsbehörde]) läuft ebenfalls sehr gut.

Personaloffensive bei der Wiener Polizei:

Auswertungstichtag: 1. Mai 2014

Aktuelle Anzahl der Polizeischülerinnen und Polizeischüler: 1.078.

Migrantinnen bzw. Migranten bei der Wiener Polizei:

Seit Beginn der Aktion „Wien braucht Dich“ (Beginn November 2009) wurden in Kooperation mit der MA 17 [Abteilung Integration und Diversität] zahlreiche Veranstaltungen mit der Zielgruppe „Migrantenhintergrund“ durchgeführt. Derzeit befinden sich 88 Menschen mit Migrationshintergrund in der Polizeiausbildung, das entspricht einem Anteil von 8,2%. Der Migranteninnen- und Migranten-Anteil des gesamten Personenanteils (inklusive Polizeischülerinnen und -schülern) konnte seit 2009 von ursprünglich unter 1% auf derzeit 2,5% (175 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) erhöht werden.

Entlastung der Polizistinnen und Polizisten von Verwaltungsaufgaben und Verwaltungsvereinfachung:

Es wurden insgesamt 88 Bedienstete der Post/Telekom zur Landespolizeidirektion Wien versetzt und insgesamt 6 Bedienstete der Post/Telekom der Landespolizeidirektion Wien dienstzugeteilt. Diese Bediensteten werden zur Entlastung der Exekutivbeamten primär für Verwaltungsaufgaben eingesetzt.

Kontrolle Schwerverkehr-Zusammenarbeit mit der Landesprüfstelle:

Die Zusammenarbeit mit der Landesprüfstelle der MA 46 [Abteilung Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten] erfolgte in den Jahren 2011 bis 2013 mit 317 Schwerpunkten. Im Rahmen dieser Aktionen wurden 17.043 Anzeigen erstattet und es erfolgten 810 Kennzeichenabnahmen.

Technische Ausstattung:

Von der Stadt Wien wurden in den Jahren 2011 bis 2013 zu den bestehenden drei Rotlichtüberwachungsanlagen drei weitere, somit insgesamt sechs Rotlichtkameras zur Verfügung gestellt.

Gemeinsame Initiative zum Ausbau von Polizeiinspektionen:

Seit 2011 konnten im Bereich der Landespolizeidirektion Wien acht Polizeiinspektionen neu untergebracht und fünf weitere Polizeiinspektionen saniert/adaptiert bzw. erweitert werden.

Zu Frage 3:

1. Erhöhung der Sicherheit in öffentlichen Verkehrsmitteln und auf öffentlichen Plätzen,
2. Gemeinsames Herangehen an soziale Problemzonen,
3. Ausbau der Kriminalprävention und Verkehrssicherheit,
4. Bekämpfung von Graffiti,
5. Prostitution (Bekämpfung der illegalen Prostitution),
6. Bekämpfung des illegalen Glücksspiels,
7. Kooperation in den Bereichen Schulen und Jugendwohlfahrt; Unterstützung des Magistrates der Stadt Wien bei Schulungsmaßnahmen,
8. Einführung des verpflichtenden Hundeführerscheins,
9. Start der Personaloffensive bei der Wiener Polizei,
10. Erhöhung der Anzahl der Migrantinnen und Migranten bei der Wiener Polizei,
11. Botschaftsüberwachung durch externe Organisationen und Betriebe,
12. Entlastung der Polizistinnen und Polizisten von Verwaltungsaufgaben und Verwaltungsvereinfachung,
13. Transit (Maßnahmen für den Schwerverkehr),
14. Kooperation im Bereich der technischen Ausstattung und
15. Gemeinsame Initiative zum Ausbau von Polizeiinspektionen.

Zu Frage 5:

Nach Aussage von Experten sind als soziale Problemzonen der Stadt die Bereiche 1020 Praterstern und Mühlfeldgasse, 1060 Gumpendorfer Straße (Umfeld Jedmayer) und 1120 Migazziplatz zu nennen.


Zu Frage 6:

Auf Basis der positiven Erfahrungen bei der gemeinsam durch die Stadt und die Wiener Polizei gemachten Umsetzung der Maßnahmen für den Bereich Karlsplatz werden die derzeit aktuellen sozialen Problemzonen der Stadt (vgl. Antwort zu Frage 5) bearbeitet.

Der Einsatz der Bereitschaftseinheit ist neben den bewährten Methoden der Zusammenarbeit zwischen Stadt Wien und Wiener Polizei und den bereits erprobten Ermittlungsmethoden bzw. der Einbindung der Einsatzgruppe zur Bekämpfung der Straßenkriminalität eine gute Voraussetzung für das weitere Gelingen.

Die Zielerreichung wird laufend mit Monitoring überprüft und bei regelmäßigen Jour-Fixe-Terminen evaluiert.

Mag.^a Johanna Mikl-Leitner

Signaturwert	HK6TeaWkwc3he6L4EJ5909h13mpo9LUXAgfrbentwrtung+gVWFKZqIWYt6nlhHcoZbodNRaBi+zw Pvc/QSCc1/gKhAD8q37AiQ1h62/1YAaq4fgfyiOLB+BbPEhPpwg+RvvVrw1YaSlNtup8vei4SNzmxRopgvUD lAXjrjgzNI3OwAxX0ZdxIlADLU9+gg6bzizKZmKvIDE2bX4hf4cWFiB9W4Qav0UiYz+GGRHh84VpDyMiOb1x XOeyo98bfVUjp3f2oJ5dv3NFVAotXbAKWR8dtg2QY6cdS+748zGW4twy873Xz824R0KrsGnd22EGtytVfVl3 QIOZtA==	
	Datum/Zeit-UTC	2014-06-26T16:58:29+02:00
	Aussteller-Zertifikat	CN=a-sign-corporate-light-02,OU=a-sign-corporate-light-02,O=A-Trust Ges. f. Sicherheitssysteme im elektr. Datenverkehr GmbH,C=AT
	Serien-Nr.	531172
	Methode	urn:pdfsigfilter:bka.gv.at:binaer:v1.1.0
	Parameter	etsi-bka-moa-1.0
Prüfinformation	Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur finden Sie unter: https://www.signaturpruefung.gv.at . Eine Verifizierung des Ausdruckes kann bei der ausstellenden Behörde/Dienststelle erfolgen.	
Hinweis	Dieses Dokument wurde amtssigniert.	